

Schwerpunkt: Türkei

Analysen Positionen Essays

Dr. rer. pol. Roy Karadağ

Jahrgang 1979.

Politologe.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Universität Bremen.

Arbeitsschwerpunkte: vergleichende Politikwissenschaft, historische Soziologie, Nahost-Studien

Kontakt E-Mail: karadag@uni-bremen.de

Der Beitrag wurde fertig gestellt Mitte September 2016.

The End of Turkish Democracy

Summary

The failed coup d'état in Turkey in July 2016 will substantively transform Turkish politics. While it may have demonstrated the potential vulnerabilities of the ruling AKP party, overcoming those parts of the armed forces that were involved in the coup attempt turned out to be a very powerful symbolic weapon against the government's remaining opponents. This will give President Erdoğan the opportunity to further entrench supporters of the religious-conservative camp in the state apparatus.

The article deals with the pre- and post-coup dynamics and spells out their implications for the challenges to Turkish democracy, the Turkish-Kurdish conflict and Turkey's future role in the Syrian War.

Roy Karadağ

Das Ende der türkischen Demokratie

■ Die Türkei am Scheideweg ... schon wieder

Die Türkei ist zum wiederholten Mal in Bewegung. Mit dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 beginnt nun scheinbar eine neue Ära in der Geschichte der modernen Türkei, bei der noch nicht sichtbar ist, wie sie sich herrschaftssoziologisch äußern und darstellen wird. Es ist nicht das erste Mal, dass sich Putschpläne aus den Reihen des Militärs nicht umsetzen lassen. Aber zum ersten Mal in der türkischen Geschichte konnten sich die bedrohten politischen Eliten auf eine von oben geforderte und von unten getragene Massenmobilisierung verlassen. Unter Einsatz ihres Lebens stellten sich Frauen und Männer den Streitkräften entgegen und schufen somit neue ikonographische Bilder eines widerstandsfähigen Volkswillens, der sich nicht brechen lässt. Damit ist ein halbes Jahrhundert politischer Realität – nämlich der ultimativen Vorherrschaft des militaristischen Kemalismus – nun wirklich zu Grabe getragen worden.

Während noch unklar ist, wie viele Akteure in die Putschpläne eingeweiht waren, ob verschiedene ideologische Gruppierungen beteiligt und welches letztendlich die politischen Ziele der Putschisten waren, brach der Streit um die geschichtspolitische Deutung bereits am Morgen des 16. Juli aus: Wurde in der Nacht die Demokratie gerettet? Oder doch nur Staatspräsident Erdoğan? Sind die Putschisten Tyrannenmörder oder Faschisten? Wurde die Demokratie durch die kollektive und für die Weltöffentlichkeit sichtbare Demonstration des anti-militaristischen Volkswillens erst geschaffen? Oder ist die Massenmobilisierung ein Mechanismus, der die Demokratie am Ende in einen neuen Autoritarismus transformiert? Und sind solche Bewertungen wirklich liberal? Oder nicht doch Zeichen eines westlich-überheblichen Blicks, der jede Solidarität mit für Freiheit streitenden Menschen verunmöglicht und damit legitime Ansprüche *partout* nicht anerkennen möchte? Letztere Problematik ist vor allem für deutsch-türkische Communities relevant, die argumentieren, in der Nacht sei die Demokratie gerettet worden, und liberale Narrative zur Begründung heranziehen, gleichzeitig aber wegen ihrer Unterstützung für Präsident Erdoğan in ihrer liberal-demokratischen Identität von weiten Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht anerkannt werden.¹

¹ Ein Anzeichen hierfür ist der von Jakob Augstein neu entfachte Diskurs um die Angemessenheit der

Diese vielfältigen Reaktionen zeugen von enormen Spannungen, welche die türkische Politik der letzten Jahrzehnte maßgeblich bestimmten und die auch unter der regierenden ‚Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung‘ (*Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP) nicht aufgehoben bzw. in vielerlei Hinsicht sogar verschärft wurden. Die Konflikte zwischen Liberalen und Kommunitaristen, zwischen Säkularen und religiösen Fundamentalisten, zwischen Sunniten und Aleviten, Türken und Kurden, Reichen und Armen, Neu-Reichen und Neu-Ausgegrenzten haben die bestehenden politischen türkischen Institutionen in der Vergangenheit schon oft an die Grenzen ihrer Belastung gebracht. Neue Entgrenzungen im politischen Streit kamen durch die arabischen Umbrüche und den Syrien-Krieg hinzu: Der Umgang mit syrischen Flüchtlingen und syrischen Kurden, mit den anderen Mächten in der Region Ägypten, Iran und Saudi-Arabien, und die kategorische Offenheit des Ausgangs des Syrien-Krieges führten zu bislang unvorhergesehenen Eskalationen sowohl mit Russland als auch mit der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten. Die jüngste Eskalation betrifft die gegen kurdische Kämpfer gerichtete direkte türkische militärische Intervention in Nordsyrien, deren Ausgang ebenso offen ist wie die territoriale Zukunft Nordsyriens. Diese konfliktive Gemengelage hat dazu geführt, dass die Türkei in den letzten Monaten zum geostrategisch wichtigsten Spieler im Nahen Osten wurde; gleichzeitig erscheint der Diskurs über den Putsch vom 15. Juli 2016 von keiner Seite wirklich unvoreingenommen.

Der vorliegende Beitrag ist eine spezifische Positionierung innerhalb des Putsch-Deutungsdiskurses, der mit voller Wucht losgetreten wurde und der angesichts der noch zu erwartenden Entgrenzungen von politischen Praktiken an Spannung zunehmen wird, da die eben genannten Dynamiken, Konflikte und Widersprüche mitnichten etwas von ihrer Wirksamkeit verlieren werden. Konkret formuliert richtet sich dieser Beitrag gegen die laufenden Deutungs- und Geschichtsschreibungsprojekte der AKP. Entgegen dem Narrativ, dass in den Morgenstunden des 16. Juli 2016 die türkische Demokratie gerettet bzw. von Neuem errichtet wurde, argumentiere ich, dass dem nicht zugestimmt werden kann, da die demokratischen Institutionen in der Türkei bereits in den Monaten und Jahren zuvor derart ausgehöhlt wurden, dass es am 15. Juli 2016 schon keine demokratische Türkei mehr gab. Was gerettet wurde, waren der AKP-Staatsapparat und die charismatische Herrschaft Recep Tayyip Erdoğans. Die AKP kann nun die enorme gesellschaftliche Legitimierung durch den kollektiv sichtbaren Widerstandsgeist nutzen, um das eigene Staatsprojekt voranzutreiben und die Mobilisierungschancen rivalisierender politischer Gruppen dauerhaft einzuschränken. Wir erleben somit die populistische Radikalisierung einer autoritären Herrschaftsform. Im Unterschied zu anderen autoritären Regimen lebt diese Herrschaft nicht

doppelten Staatsbürgerschaft und der Problematik doppelter Loyalitäten für Deutschtürken. Ebenso stehen weltliche und religiöse deutsch-türkische Verbände vor neuen Rechtfertigungs Herausforderungen und müssen sich im Streit um die legitime Repräsentierung türkischer Interessen und Identitäten in Deutschland mit neuen migrantischen Protestgruppen und verstärkt misstrauischen politischen Parteien auseinandersetzen.

von der Depolitisierung bzw. einer unpolitischen Disposition ihrer Anhängerschaft, ² sondern von kontinuierlicher populistischer Mobilisierung, durch welche man den Schein von Demokratie und von Volkssouveränität wahren kann, in Wirklichkeit aber lediglich eine neue, radikale Ausprägung der Tyrannei der Mehrheit realisiert. Nach einer Darstellung dieses Zusammenhangs auf den folgenden Seiten führe ich schließlich kurz aus, was der Putschversuch und seine Bewältigung für die Kurdenfrage und die türkische Außen- und Sicherheitspolitik in der Region bedeuten können.

Kontinuierlicher Machtzuwachs und neue Machtchancen

Seit ihrem ersten fulminanten Wahlsieg 2002, der das türkische Parteiensystem dauerhaft verändern sollte, hat die AKP mehrere Transformationen durchgemacht. Diese Transformationen haben allerdings wenig mit einem langfristig angelegten Plan der AKP-Eliten zu tun, den Kemalismus als tragende Staatsideologie vom Sockel zu stoßen, sondern sind vielmehr Ausdruck des veränderten Machtfeldes, das *peu à peu* neue Machtchancen für die AKP schuf, die auf unverhoffte Weise immer mehr Macht akkumulieren konnte, mit der sie wiederum die Spielregeln desselben Feldes neu gestalten konnte.

Die Partei beschrift diesen Weg nach ihrem Machtantritt mit einem mäßig religiösen, konservativ-demokratischen Selbstbild, das von nationalen und internationalen Medien als solches auch validiert wurde. Die AKP selbst zementierte ihren eigenen demokratischen Anspruch mit dem Festhalten an neoliberalen Reformprogrammen und den EU-Harmonisierungen, die von der chronisch instabilen Vorgängerregierung eingeleitet worden waren und die für die zukünftige Entwicklung Erdoğans dreierlei bedeuteten: *Erstens* schwächten die EU-Reformen die institutionelle Macht des Militärs als politischen Akteur, indem der vormals übermächtige Nationale Sicherheitsrat personell zivilisiert und seine Kompetenzen beschnitten wurden. *Zweitens* verankerte die AKP damit ein pro-westliches Narrativ, mit dem man im Ausland glaubhaft demonstrieren konnte, dass es keine prinzipiellen Widersprüche zwischen muslimischer Religiosität und demokratischer Identität geben muss. Und *drittens* erlaubte eine Bedingung der EU, nämlich die Todesstrafe aufzuheben, dass die AKP die Entscheidung, den 1999 verhafteten und zum Tode verurteilten PKK-Führer Abdullah Öcalan hinzurichten oder nicht, nicht fällen musste und dabei auf EU-Konditionalitäten verweisen konnte. Hiermit ergab sich – für die AKP mehr als für jede andere Regierungspartei zuvor – die einmalige Gelegenheit, die Austragung dieses ethnischen Konflikts zu zivilisieren und die kurdische Bevölkerung neu in den politischen Prozess zu inkludieren. In dieser ersten Liberalisierungsdynamik war die AKP allerdings noch stark in die etablierten Machtstrukturen eingebettet und konnte sich (noch) nicht frei entfalten. Der Nationale Sicherheitsrat war geschwächt, aber

2 Linz, Juan (1964): An Authoritarian Regime: Spain. In: Allardt, Erik / Littunen, Yrjö (Hrsg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems. Contributions to Comparative Political Sociology. Helsinki: Academic, 291-341.

der Generalstab in seiner materiellen und symbolischen Macht nicht bedroht. Darüber hinaus gab es mit Staatspräsident Sezer und dem Verfassungsgericht noch mächtige Vetospieler, welche der AKP die Grenzen des politisch Machbaren aufzeigen konnten.

Die zunehmende Konsolidierung der politischen Macht erfolgte zwischen 2007 und 2011 auf sehr konfrontative Art und Weise. 2007 konnte die AKP Abdullah Gül nach einer schweren Verfassungskrise, der Mobilisierung der kemalistischen Gegenöffentlichkeit und bedrohlichen Äußerungen durch den Generalstab schließlich ohne Kompromisse als Präsident durchdrücken. Diese Strategie wurde bei den Parlamentswahlen 2007 und beim Referendum zur Verfassungsänderung hin zur Direktwahl des Präsidenten von der Bevölkerung goutiert. Nun konnte die AKP zum ersten Mal für alle sichtbar demonstrieren, dass sie in der Tat die absolute Mehrheit des Volks hinter sich hatte, was bei der ersten Wahl von 2002 nicht der Fall war.³

Dem ersten großen Konflikt zwischen konservativ-religiösen Politikern und kemalistischem Establishment sollten weitere folgen: Das AKP-Parteiverbotsverfahren von 2008, die politische Instrumentalisierung von Justiz und liberalen Medien in den Verfahren gegen Mitglieder des ‚tiefen Staats‘ sowie gegen angebliche und bis heute nicht einwandfrei nachgewiesene Putschpläne aus den Reihen des Militärs vertieften die bestehende Polarisierung und mündeten im für die AKP erfolgreichen Referendum am 12. September 2010 für weitere Verfassungsänderungen und in der Parlamentswahl am 11. Juni 2011, welche die AKP erneut eindeutig für sich entscheiden konnte. Der kurz daraufhin erfolgte geschlossene Rücktritt des Generalstabs als letzte Protestmaßnahme signalisierte das Ende der politischen Intervention der Armeeführung und besiegelte die Dominanz der AKP.

Sämtliche ideologischen Gegner waren ab 2011 ausgeschaltet und die AKP mächtiger als jemals zuvor. Nun verlagerte sich der konfrontative Blick auf das konservativ-religiöse Lager selbst. Es war davon auszugehen, dass der immer sichtbarere Zentralismus und Personalismus Erdoğan innerhalb der Partei und der religiösen Bewegungen, aus denen die AKP hervorging, Opposition hervorrufen würden; umso mehr, als klar signalisiert wurde, dass Erdoğan das politische System in ein präsidentielles umwandeln wollte und keine potenziell machtvollen Akteure um sich herum dulden würde. Solch ein Widerstand kam aus den Reihen der Gülen-Bewegung, die für Justizprozesse gegen Teile des Militärs, Intellektuelle und Journalisten zuvor als Machtmittel gegen andere Lager gebraucht worden war. Gülen-nahe Zeitungen, Fernsehkanäle und zivilgesellschaftliche Organisationen standen bislang stets zu Erdoğan und konnten durch den arbeitsteilig geführten Kampf um die Verankerung des religiösen Konservatismus in der Gesellschaft ihre eigenen Mitglieder im Staatsapparat mit wohlwollender Unterstützung der AKP unterbringen.⁴

3 *Karadag, Roy* (2012): Islam und Politik in der neuen Türkei: der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalistischer Perspektive. In: Zeitschrift für Politik 59 (3), 332-352.

4 Nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016 machte Erdoğan selbst keinen Hehl aus der tiefen

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass mitnichten von vornherein absehbar war, dass die AKP so viel Macht würde akkumulieren und dass sie die Konfrontationen mit etablierten Akteuren und Organisationen würde durchstehen können. Ihre zahlreichen Erfolge zeigen auf, wie stark ein geeintes konservatives Lager im türkischen politischen System sein kann, wenn es nicht verdrängt wird oder intern fragmentiert. Die Erfolge zeigen überdies die enorme Machtfülle des türkischen Staats auf, wenn er von einer kohäsiven politischen Gruppe geleitet wird. Denn er ermöglicht die ungebundene ökonomische Privilegierung der eigenen Trägerschichten: Vormalig klein- und mittelständische Unternehmer sind mithilfe ihrer organischen und personellen Beziehungen zum AKP-Staat zu neuen Großunternehmern aufgestiegen. Darüber hinaus leben die türkischen Mittelklassen von kollektiven Profit- und Marktchancen im Immobiliensektor, der angesichts des politisch gewollten niedrigen Zinsniveaus und der massiven städtischen Infrastrukturprojekte ein dynamischer Markt bleibt und zur Expansion und zur weiteren Ausdifferenzierung urbaner Milieus beiträgt. Die unteren in Dienstleistungs- und Industriebranchen angestellten Schichten werden sozial durch die Ausweitung öffentlicher Sozial- und Gesundheitssysteme auf der einen Seite und durch die Förderung privater religiöser Wohlfahrtseinrichtungen auf der anderen Seite in diesen hegemonialen Machtblock inkludiert. Der Block erweist sich als so mächtig, dass er durch die Erschütterungen der Gezi-Park-Proteste im Mai/Juni 2013 und durch die Korruptionse enthüllungen, welche illegale Selbstbereicherungspraktiken von AKP-Eliten aufdeckten, zwar im Dezember 2013 eine Phase der Ungewissheit durchmachte. Die Regierung nahm diese Herausforderungen in der Folge jedoch zum Anlass, ihre „despotische Macht“⁵ gegen Staatsanwälte, Richter und Polizisten zu wenden, um diese Kreise von Gülen-Aktivist*innen zu „säubern“.

Das Ende der Demokratie vor dem 15. Juli 2016

Es gibt zahlreiche Gründe für die geringe Qualität formal-demokratischer Institutionen in der Türkei. Die Dynamik, mit der sich dieser Beitrag beschäftigt und die sich allein auf die AKP-Ära bezieht, lässt folgenden Zusammenhang zu: Je mächtiger die AKP über die Zeit geworden ist, desto illiberaler und undemokratischer wurde das türkische Regime. Der Illiberalisierungs- und Autokratisierungstrend ist seit den Wahlen 2007 immer wirksamer geworden und hat mit den staatlichen Reaktionen auf die Gezi-Park-Proteste und die Gülen-nahen Korruptionse enthüllungen an Radikalität zugenommen. Folglich stehen auch die Anti-Gülen-Maßnahmen nach dem Putschversuch im Juli 2016 in einer inzwischen etablierten AKP-Tradition des Umgangs mit Dissens und Opposition.

Kooperation mit „Gülenisten“. Ende Juli 2016 äußerte er sich in dieser Sache wie folgt: „Ich bedauere, das wahre Gesicht dieser tückischen Organisation nicht längst aufgedeckt zu haben. Ich weiß, dass ich mich dafür vor Gott wie auch vor unserer Nation verantworten muss. Mögen mein Gott und meine Nation mir vergeben“; <http://t24.com.tr/haber/cumhurbaskani-Erdoğan-10-bin-137-tutuklu-18-bin-699-gozalti-var,352681>.

5 Zum Begriff der despotischen Macht: *Mann, Michael* (1984): The Autonomous Power of the State: Its Origins, Mechanisms and Results. In: *Archives Européennes de Sociologie* 25 (2), 185-213.

Konkret bedeutet dies, dass es schon vor den Parlamentswahlen im Juni 2011, welche die Verankerung der AKP-Macht im Staat besiegelten, um den Zustand der bürgerlichen Freiheiten und politischen Rechte in der Türkei nicht gut bestellt war. Seitdem wurden sie kontinuierlich ausgehöhlt und eingeschränkt, sodass von ihrer Wirkung faktisch kaum etwas übrig geblieben ist. Diese Wirklosigkeit hat dazu geführt, dass die AKP und Erdoğan bei allen Regelverstößen und Grenzüberschreitungen ihrer formalen Kompetenzen faktisch niemandem mehr rechenschaftspflichtig sind. Die alltäglichen illiberalen Praktiken erfolgten derart enthemmt und banal, dass auch das Prinzip der Gewaltenteilung im politischen Prozess nicht mehr spürbar ist.

Vor 2011 war angesichts des anhaltend demokratisch gehaltenen AKP-Diskurses vielleicht noch anzunehmen, dass die existierenden Repressionen durch weitere Liberalisierungsschritte aufgehoben würden, so wie von Erdoğan angekündigt. Während strafrechtlich das Vorgehen gegen kurdische Organisationen und Aktivisten im Jahr 2011 nicht bei allen Bedenken hervorriefen (zumal sie den Weg zur Eröffnung des Friedensprozesses 2013 nicht behinderten), waren die illiberalen Praktiken gegen Journalisten wie Ahmet Şık und Nedim Şener im März 2011 durch nichts mehr zu rechtfertigen. Fehlende Ermittlungserfolge im Verfahren gegen die Mörder des armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink waren umso unverständlicher, da der Prozess aktiv gegen den ‚tiefen Staat‘ hätte ausgerichtet werden können. Der nächste symbolische Bruch mit den eigenen demokratischen Ansprüchen erfolgte während und nach den Gezi-Park-Protesten: Individuelle und kollektive Verleumdungsklagen, die sowohl Oppositionelle als auch Studenten trafen, die direkte oder indirekte Veranlassung, Journalisten zu entlassen, Anzeigen wegen Unterstützung terroristischer Organisationen, willkürliche Verhaftungen bei maximaler Ungewissheit für die Betroffenen, wann sie mit formalen Prozessen zu rechnen haben, nahmen zwischen den Gezi-Protesten und den Juni-Wahlen 2015 bereits rapide zu. Sie wurden in ihrer Wirkung dramatisch ausgeweitet und verunmöglichten es Journalisten in der Folgezeit, ihrem Beruf nachzugehen und für die übliche Form von Berichterstattung zu sorgen. Massiver Druck auf Zeitungseigentümer sorgt inzwischen für Selbstzensur und einen anhaltend hohen informellen Druck auf journalistische Akteure, die in einem immer stärker politisierten und polarisierten Arbeitsmarkt zurechtkommen müssen. Die Prozesse gegen Can Dündar und Erdem Gül 2016 sind nur die Spitze eines Eisbergs von Verhaftungen, welche die komplette Erosion der kritischen Öffentlichkeit zum Ziel hat.

Nach dem Putschversuch

Um die Implikationen des Putschversuchs am 15. Juli 2016 für die aktuellen Entwicklungen zu verstehen, ist es unerlässlich, die Dynamiken der letzten Jahre zu analysieren, damit klar wird, welcher gesellschaftspolitische Kontext jetzt durch die Massenmobilisierung einerseits und staatlichen Maßnahmen *nach dem Putsch* andererseits symbolisch gestärkt und reproduziert wird. Im Folgenden wird kurz erörtert, was der Putschversuch in dieser prozessanalytischen Perspektive für die Frage der demokratischen Zukunft, für die weiterhin ungeklärten kurdisch-türkischen Identitäts-

konflikte und für die außen- und sicherheitspolitische Positionierung der Türkei bedeutet.

Demokratie

Der türkische Generalstab, der sich den Putschisten nicht anschloss, und die türkische Gesellschaft haben gemeinsam eine Militärdiktatur verhindert. Aber die Demokratie haben sie nicht retten können, weil es im Sommer 2016 keine Demokratie mehr gab, die man hätte verteidigen können, selbst wenn die Massen mit genau diesem Anspruch auf die Straßen gegangen sind, um sich den Panzern entgegenzustellen, und dabei ihr Leben riskierten. Was sie stattdessen faktisch legitimiert haben, ist die Verankerung nicht-demokratischer, despotischer Praktiken gegen Intellektuelle, Journalisten und oppositionelle Akteure. Diese Regimewandlung wurde durch die heroische Performanz von Widerstand und Einheit symbolisch erhöht und wurde zugleich für den Vollzug von Kollektivstrafen gegen alle, die sich im Umfeld von Gülen-Netzwerken und -Organisationen bewegten, einerseits und gegen den Rest von aktiver Opposition andererseits politisch instrumentalisiert. Aufgrund der revolutionären Natur der Putschnacht kann die Regierung die politische Wirkung dieser Strafmaßnahmen mittelfristig nicht zurücknehmen, um Entgegenkommen und Kooperationswillen gegenüber der Opposition zu signalisieren. Denn die AKP kann und will derzeit nicht glaubhaft demonstrieren, dass sie von sich aus auf die Ausübung despotischer Macht verzichtet, die sämtliche institutionelle Grenzen sprengt. Wenn jedoch die Gewaltenteilung und die formal existierenden Rechte und Freiheiten nicht gegen den Willen der AKP durchgesetzt werden können, gelten sie einfach nicht.

Was bedeutet das für die Zukunft? Die AKP wird von Neuem enormen Druck auf die ‚legitimen‘ Oppositionsparteien ausüben, um sie zur Zusammenarbeit in der Aushandlung einer neuen Verfassung zu drängen. Im Vergleich zu den radikal-nationalistischen Visionen der Nationalistischen Bewegungspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) werden AKP-Politiker sich als moderate und auf Ausgleich besonnene Akteure inszenieren. Solch eine Machtposition entspricht dem Narrativ, das die AKP von sich selbst pflegt, dass es nämlich außer ihr niemanden gibt, der die verschiedenen politischen, kulturellen und identitären Konflikte wirklich überwinden kann.

Die Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses ist möglich, ebenso wie die Rückkehr zu Alltagspolitik nach dem Ausnahmezustand möglich ist, aber er käme mit politischen Kosten, und es bleibt unklar, wie kooperativ die AKP nach der laufenden Repressionswelle wirklich noch sein kann. Eine Wiederbelebung demokratischer Institutionen ist nicht ausgeschlossen, aber sehr unwahrscheinlich. Denn die AKP ist so mächtig geworden, dass man ihr nicht zutrauen kann, dass sie in Zukunft die Grenzen einer Verfassung anerkennen und sich an demokratische Spielregeln halten wird. Die unfassbare Machtfülle der AKP verhindert damit per se die Realisierung des Ziels, das sie sich diskursiv selbst gesetzt hat: die Türkei wirklich zu demokratisieren. Nur eine glaubhafte und symbolisch in ihrer Bedeutung vermittelte Moderierung ihres Machtanspruchs würde solch eine Reanimation ermöglichen. Dafür müsste sich die AKP neu erfinden. Dazu wird sie aber keinen Anreiz haben, solange die ethnisch-identitären Konflikte im Staat nicht aufgehoben sind.

Die Kurdenfrage

In den national organisierten Mobilisierungen sollte die Demokratische Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) bewusst keine Rolle spielen und weiter exkludiert bleiben, obwohl sie sich wie die anderen Oppositionsparteien entschlossen gegen die Putschisten aussprach. Damit hat die AKP eine einmalige Gelegenheit verpasst, diejenigen Kurden, die sich eine andere als die von oben vorgegebene Konfliktlösung vorstellen und für diese auch politisch streiten, als integralen Bestandteil in die neu imaginierte politische Gemeinschaft aufzunehmen. Einmalig deswegen, weil der Putschversuch eine revolutionäre Situation darstellte, die so vermutlich in den nächsten Jahrzehnten nicht wiederkommt und die AKP somit die entscheidende *critical juncture* für eine ideelle Neuausrichtung allzu willentlich verpasst hat.

Die von türkischen Massen getragene und inszenierte Neubestimmung der politischen Gemeinschaft bleibt damit einer langen Tradition der Stigmatisierung von Staats- und Volksfeinden verhaftet. Dabei galt es dem frühen AKP-Diskurs zufolge eigentlich, die kemalistische Identitätspolitik der Geschichte zu überlassen. Die HDP und ihre Spitzen werden mit dieser Ausgrenzung weiter kriminalisiert. Das unterstreicht die Bedrohung, die von ihr ausging, war sie doch mit ihrem Erfolg im Juni 2015 die erste Partei nach der AKP selbst, die eine Verschiebung des sehr rigiden Parteiensystems realisieren konnte, indem sie die AKP zur Teilung ihrer Macht gezwungen hätte. Die AKP hat jedoch derart viel Macht in ihren Händen konzentriert und Erdoğan sämtliche Entscheidungs-, Rekrutierungs- und Allokationsprozesse in patrimonialer Manier auf seine Person hin ausgerichtet, dass eine Machtteilung mit anderen Akteuren den hegemonialen Block in seinem Kern beschädigt hätte.

Für die kurdische und die türkische Bevölkerung verheißt das nichts Gutes. Vermutlich wird es nicht allzu lange dauern, bis Verhandlungen um Konfliktlösungen wieder initiiert werden, aber sicher erst nach neuen Wellen von militärischen Operationen, Anschlägen und Terrorattacken. Die neue Allokation von Ressourcen in den Wiederaufbau zerstörter Stadtteile in Diyarbakir und Cizre werden machtpolitisch genutzt, um AKP-nahe Kurden und ihre Gemeinschaften zu stärken, während die politischen Ansprüche der anderen ignoriert werden, was wiederum neue Ressentiments schürt. Dies wird neue Gewalteskalationen verursachen, die der AKP politisch aber nicht wehtun werden. Wird schließlich die HDP verboten, steht die neue kurdische Partei vor dem Dilemma, dass sie keinen ähnlich historischen Moment wie die Gezi-Park-Proteste nutzen kann, um bei genügend nicht-kurdischen Wählern punkten zu können.

Das Ziel der AKP wird sein, genau die Konstellationen von 2012 und 2013 wiederherzustellen, die es ihr damals ermöglichten, einen Verhandlungskontext zu kreieren, in dem allein die direkten Verhandlungen zwischen türkischem Staat und PKK-Führer Öcalan maßgeblich für politische Kompromisse sind. Ohne einen weiteren kurdischen Machtblock im Parlament kann die kurdische Verhandlungsposition ausreichend geschwächt werden, zumal dieses strategische Vorgehen einen weiteren Keil in die kurdische Bewegung treiben wird. Das Problem ist jedoch, dass sich dieser Verhandlungskontext nicht wiederherstellen lässt, da sein damaliges Ende auf Dynamiken

zurückzuführen war, welche der türkische Staat, wenn überhaupt, nur mittelbar beeinflussen konnte.

Syrien und der Krieg

Diese Dynamiken haben mit den Entwicklungen in Syrien und Irak zu tun, welche gleichermaßen die geostrategische und diplomatische Aufwertung von bewaffneten kurdischen Gruppen bewirkten. In Nordsyrien selbst war der Grundstein für den machtpolitischen Aufstieg der kurdischen Partei der Demokratischen Union (*Partiya Yekîtiya Demokrat*, PYD) mit dem zu Beginn des Bürgerkrieges beschlossenen Rückzug der syrischen Regimetruppen aus den Gebieten mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung gelegt worden. Das Erscheinen und die rapide territoriale Ausbreitung des ‚Islamischen Staates‘ (IS) im Sommer 2014, die Ausrufung des eigenen IS-Kalifats, die Formalisierung des Herrschaftsanspruchs vom syrischen Raqqa aus, sollten die bestehenden Allianzen maßgeblich verändern. Die von IS-Truppen verübten Massaker an der Zivilbevölkerung in ihrem Einflussbereich, die genozidalen Ausschreitungen gegen yesidische Kurden im Irak und der Kampf um das nordsyrische Kobani (arab. ‚Ayn al-‘Arab) transformierten PKK-Kämpfer im Irak und die PYD-nahen ‚Volksverteidigungseinheiten‘ (YPG) in Syrien militärisch zu unmittelbaren Verbündeten der von den USA ausgerufenen Allianz gegen den IS.

Für den türkischen Staat brachte diese Wendung eine symbolische Schwächung der eigenen Ansprüche. Galt die Türkei vorher noch als vielversprechender, machtvoller regionaler Akteur mit muslimisch-liberalem Anstrich,⁶ positionierte sich die Regierung im Kobani-Kontext gegen die Mehrheitsmeinung der globalisierten Öffentlichkeit. Indem man die kurdischen Kämpfer militärisch nicht unterstützte, verfolgte man aus türkischer Perspektive lediglich die eigenen legitimen nationalen Interessen. In der Weltöffentlichkeit setzte sich jedoch das Bild durch, dass die Türken bei der potenziellen Neugestaltung Syriens sogar soweit gehen würden, den IS zu ignorieren bzw. ihn gegen den gemeinsamen Feind, die PKK, gewähren zu lassen.⁷ Hiervon blieb seitdem das Türkeibild in Europa und in Deutschland stark belastet, was umso schmerzhafter für die türkische Seite ist, als sie sich seit Ausbruch des Bürgerkrieges stets auf sehr konsistente Art und Weise gegen das Asad-Regime gestellt und mit der Aufnahme der in absoluten Zahlen größten Gruppe von syrischen Flüchtlingen enorm hohe Kosten auf sich genommen hatte.

6 Bank, André / Karadag, Roy (2013): 'The Ankara Moment': The Politics of Turkey's Regional Power in the Middle East, 2007-2011. In: Third World Quarterly 34 (2), 287-304.

7 Dabei erfolgte eine direkte militärische Unterstützung hauptsächlich zugunsten der islamistischen und unter dem Banner von al-Qa'ida operierenden Nusra-Front. Die Enthüllungen von Waffenlieferungen des türkischen Geheimdienstes MIT an die syrische Nusra-Front durch die Journalisten Can Dündar und Erdem Gül setzten die beiden der Strafverfolgung durch die türkische Justiz aus. Wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen wurde Gül im Mai 2016 zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von fünf Jahren und Dündar von fünf Jahren und zehn Monaten verurteilt. Während das Urteil des Kassationsgerichtshofs noch aussteht, hat Dündar seinen Posten als Chefredakteur der links-liberalen Tageszeitung *Cumhuriyet* niedergelegt und die Türkei verlassen.

Die türkischen Ambitionen, im syrischen Krieg gegen Asad, den IS und die PYD zu kämpfen, waren nicht nur von sich aus sehr widersprüchlich, sondern verschärften auch die Beziehungen zu Russland, das die Achse Asad-Hisbollah-Iran diplomatisch und militärisch stabilisierte. Die anti-russische Haltung der türkischen Regierung war seit dem Ausbruch der Kämpfe in der Ost-Ukraine und der Annexion der Krim durch russische Truppen zwar eindeutig pro-westlich konnotiert. In der Region verspielte die Türkei jedoch mit ihrer damit gleichzeitig pro-sunnitischen Ausrichtung die halbwegs guten Beziehungen zur irakischen Zentralregierung und musste mit dem Atomabkommen zwischen dem Iran und den Staaten des UN-Sicherheitsrats und Deutschland (14. Juli 2015) die diplomatische Aufwertung des Irans stillschweigend hinnehmen (geopolitisch gesprochen ist pro-westlich in der Region gleich pro-sunnitisch). Schließlich führte die direkte russische Intervention in Syrien ab September 2015 zu neuen Verstimmungen zwischen den beiden Akteuren Ankara und Moskau und mit dem Abschuss eines russischen Kampffjets am 24. November 2015, der kurz in den türkischen Luftraum eindrang, zum Tiefpunkt der Beziehungen.

In der Region war die Türkei damit politisch für alle Akteure sichtbar an ihre Grenzen gelangt, und dieses kritische Thema war auch innenpolitisch immer komplexer geworden.⁸ Angesichts des HDP-Wahlerfolgs im Juni 2015 entschied sich die AKP, Gespräche um mögliche Koalitionen mit der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) und der MHP ins Leere laufen zu lassen, und veranlasste damit im November 2015 Neuwahlen. Was eine offensichtliche Machttaktik war, bedeutete für das Land eine unvorhergesehene Krise seiner Institutionen, denn noch niemals zuvor in der Geschichte der Türkischen Republik wurden Wahlergebnisse faktisch nicht anerkannt.

Der zweite Wahlkampf zwischen Juni und November 2015 sollte jedoch von den syrischen und nord-irakischen Dynamiken schnell eingeholt werden. Mutmaßlich IS-Terroristen führten einen schweren Anschlag in Suruç aus (20. Juli 2015), töteten 32 linke und pro-kurdische Aktivisten und erschütterten das Vertrauen der kurdischen Bevölkerung so sehr, dass die PKK selbst beschloss, den türkischen Staat und die Sicherheitskräfte für die jahrelange staatliche Duldung islamistischer Jihadisten verantwortlich zu machen. Kämpfe brachen wieder aus, die türkische Armee bombardierte (neben IS-Einheiten an der Grenze zu Syrien) PKK-Stellungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet und die PKK führte von Neuem Anschläge gegen Polizisten und Terroranschläge gegen Zivilisten aus. Die AKP-Elite rief das Ende des Friedensprozesses aus, womit eine neue militärische Initiative gegen die PKK in Diyarbakir und Cizre losgetreten wurde, Straßenkämpfe, Bombardierungen und Fluchtbewegungen tausender kurdischer Zivilisten dominierten erneut den Alltag im Südosten der Türkei.⁹

8 *Park, Bill* (2015): Turkey's isolated stance: an ally no more, or just the usual turbulence? In: *International Affairs* 91 (3), 581-600.

9 *Ünver, Akin* (2016): Schrödinger's Kurds: Transnational Kurdish Geopolitics in the Age of Shifting Boundaries. In: *Journal of International Affairs* 69 (2), 65-98.

2016 musste Erdoğan also mitansehen, dass er in Syrien keines seiner Ziele erreichen konnte: Russland wurde mit der eigenen Intervention und den Bombardierungen von Rebellenhochburgen, die zahlreiche zivile Opfer zur Folge hatten, zum zentralen Akteur und konnte, wenn auch prekäre, Formen der militärischen Kooperation mit den USA gegen den IS realisieren. Die eigene Bevölkerung in der Türkei konnte man angesichts der Anschläge von mutmaßlichen IS-Sympathisanten in Istanbul (12. Januar & 19. März 2016), Gaziantep (1. Mai 2016) und am Atatürk-Flughafen in Istanbul (28. Juni 2016) nicht mehr ausreichend schützen, und die zahlreichen Attentate und Anschläge des PKK-Ablegers TAK taten ihr Übriges, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erschüttern. In die arabische Welt konnte die Türkei aufgrund der massiven Unterdrückung von Freiheiten kaum noch positiv ausstrahlen. Überdies blieben 2016 aufgrund der Anschläge und der russischen Sanktionen sowohl europäische als auch russische Touristen türkischen Ferienorten fern, womit die an einem chronischen Leistungsbilanzdefizit leidende Ökonomie erheblich getroffen wurde.

Diplomatisch stand die Türkei also bereits mit dem Rücken an der Wand. Genau in dieser Situation ergriff die AKP-Regierung neue Machtchancen und holte sich durch mehrere Maßnahmen die außenpolitische Entscheidungsmacht zurück, für die sie in den Jahren vor den arabischen Umbrüchen bewundert worden war.¹⁰ Hierfür sind drei Entscheidungen des Jahres 2016 kennzeichnend: Während die türkische Seite bei allen Verwerfungen mit der Europäischen Union und Deutschland die Verhandlungen um eine Einigung im Zypernkonflikt weitergeführt hatte, um den eigenen diplomatischen Pragmatismus zu unterstreichen, bedeutete die Aussöhnung mit Israel am 28. Juni 2016 das Ende des sechsjährigen Streits um den Zusammenstoß zwischen israelischem Militär und türkischen Aktivisten auf der *Mavi Marmara*. Der nächste Schritt aus der diplomatischen Isolation erfolgte kaum eine Woche später, als Erdoğan und Putin erste Zeichen der Wiederannäherung aussandten und Letzterer russischen Touristen die Einreise in die Türkei erlaubte. Jenseits der ökonomischen Vorteile ist diese Aussöhnung sehr folgenreich, denn damit erkennt die Türkei die zukünftige Rolle, die Russland im Syrien-Krieg zukommt, an. Somit hat sich die Türkei aus dem Anti-Asad-Lager zurückgezogen und widmet sich allein der kurdischen Frage in Nordsyrien. Gleichzeitig ist das Land erneut zu dem Akteur im Nahen Osten geworden, der außen- und sicherheitspolitisch jenseits ideologischer und politischer Differenzen operieren kann.

Der größte außenpolitische Machtzuwachs erfolgte mit der Verabschiedung des Flüchtlingsabkommens mit der Europäischen Union, das offiziell am 20. März 2016 in Kraft trat. Ausschlaggebend waren die massiven Flüchtlingsbewegungen des Sommers 2015 über die neu erschlossene so genannte „Balkanroute“ und der Entscheidung Deutschlands gewesen, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge aus

10 *Bank, André / Karadag, Roy* (2014): Before the Arab Revolt and After: Turkey's Transformed Regional Power Status in the Middle East. In: *Henner Fürtig* (Hrsg.): Regional Powers in the Middle East. New Constellations after the Arab Revolt. Basingstoke: Palgrave, 103-121.

Syrien, Irak und Afghanistan aufzunehmen. Dieser Entschluss hatte nicht nur für weitere Bewegungen in den darauf folgenden Monaten gesorgt, sondern faktisch das Ende des EU-Migrationsregimes und der Schengen-Regulierungen besiegelt. Die durch die Flüchtlingsbewegungen wahrgenommene Bedrohung der EU hatte die türkische Position umso mehr gestärkt, als die AKP offen signalisierte, Ausreisende nach Griechenland nicht stoppen zu müssen. Infolge des im Frühjahr 2016 getroffenen EU-Türkei-Abkommens, das die Flüchtlingszahlen nun rapide nach unten senken sollte, nahm die Türkei eine bislang unerreichte Machtstellung ein und avancierte zum geostrategisch wichtigsten Akteur in der Region.

Es ist dieser neu generierte diplomatische Machtkontext, den Erdoğan und die AKP seit dem gescheiterten Putschversuch ausspielen. Das Gefühl der kollektiven und von außen gesteuerten Bedrohung ließ sich für die Regierung relativ einfach auf den syrischen Kontext übertragen. Insbesondere die medial erfolgreich inszenierte Eroberung von Manbij durch die von kurdischen Kämpfern dominierten ‚Syrischen Demokratischen Kräfte‘ (SDF) am 14. August 2016 veranlasste die AKP-Regierung dazu, ein Zeichen gegen die kurdische Expansion zu setzen und direkt militärisch zu intervenieren. Diese weitere Entgrenzung in der türkischen politischen Praxis zeigt erneut, welchen Dynamiken das Land ausgesetzt ist und welche Machtchancen sich durch die Komplexität der verschiedenen Konfliktfelder ergeben. Die Offenheit des Ausgangs des Syrien-Krieges zeigt sich darüber hinaus darin, wie schnell man Macht gewinnen, aber auch verlieren kann.

Fazit

Der Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 hat sich als wirkmächtige politische Ressource herausgestellt. Die Bedrohung des „Volkswillens“ durch Teile des Militärs hat eine unvorhergesehene Mobilisierung von Bevölkerung und Bürokratie in Gang gesetzt, welche es der AKP ermöglicht, auch die letzten politisch-ideologischen Gegner im Staatsapparat zu bekämpfen. Dabei scheint dieser repressive Aktivismus keine Grenzen zu kennen und offenbart in seinen Grenzüberschreitungen grobe Widersprüche, die zu benennen nicht erlaubt ist.

So müssen sich die AKP und Präsident Erdoğan den Vorwurf gefallen lassen, willentlich die Gülen-Netzwerke in den Staat befördert zu haben bzw. deren bestehende Machtressourcen für die eigene Etablierung im Staat genutzt zu haben und sie jetzt wieder zu vernichten. Die periodisch umgesetzten Politisierungen der Justiz, indem zunächst die Kemalisten durch „Gülenisten“ und danach die „Gülenisten“ durch „Erdoğanisten“ ersetzt wurden, hätten verhindert werden können, so dass es prinzipiell noch einen glaubhaften Rechtsstaat hätte geben können. Die AKP hätte in den frühen Jahren die politische Allianz zu liberalen Kräften, von denen sie 2002 und 2007 noch gewählt wurde, vertiefen müssen. Solch eine Strategie hätte aber mit sich gebracht, dass man demokratische Verfahren und Institutionen hätte stärken und dafür gewillt sein müssen, den eigenen Wunsch der Macht einzudämmen. Der kollektive Drang, einen neuen hegemonialen Block zu errichten, der die politischen

Eliten dazu ermächtigte, jede oppositionelle Bewegung zu demobilisieren und jeden einzelnen Dissidenten auf unerbittliche Weise zu kriminalisieren, hat die türkische Demokratie zerstört. Ob der herrschende Block sie, nachdem er alle wirklichen und potenziellen rivalisierenden Machtgruppen ausgeschaltet hat, erneut errichten kann, ist möglich, bleibt aber angesichts der Willkür- und Unrechtserfahrungen sehr unwahrscheinlich.

Die repressiven Entgrenzungen in der Türkei seit Juli 2016 haben nichts mehr mit dem Putsch an sich zu tun. Zehntausende Zivilisten, die in irgendeiner Art und Weise mit Gülen-Organisationen (z.B. der vormals offen vom Staat geförderten Asya Bank) zu tun hatten bzw. in diesen beschäftigt waren, können nicht in Putschpläne eingeweiht gewesen sein bzw. müssen diese nicht unterstützt haben. Das Argument der AKP, dass hier ein bedrohlicher Block in der staatlichen Verwaltung und in der türkischen Zivilgesellschaft wirken konnte, ist in Teilen durchaus Demokratie-theoretisch begründet. Allerdings schwächen AKP-Apologeten dieses Argument selbst ab, wenn man sich vor Augen führt, wer derzeit in die Fänge der türkischen Rachejustiz gerät: Dies sind mitnichten nur offene Gülen-Anhänger, sondern weiterhin liberale, linke und pro-kurdische Intellektuelle, Aktivisten, Journalisten und Akademiker; mit anderen Worten dieselbe Gruppe, die den Despotismus der AKP bereits in den letzten Jahren vor dem Putsch ertragen musste, ohne sich mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen ihn wehren zu können. Es war diese Gruppe von Menschen, welche die Verflechtungen zwischen „Gülenisten“ und „Erdoğanisten“ immer wieder kritisiert hatte. Die nach dem Putsch vorgenommenen Verhaftungen von Aslı Erdoğan, Necmiye Alpay, Ahmet und Mehmet Altan stehen stellvertretend für das tragische Scheitern der demokratischen Kräfte in der Türkei. Dass sie auch in der neuen Türkei kriminalisiert werden, ist für sich genommen nichts Außergewöhnliches. Ähnliches erdulden Akteure in zahlreichen anderen autoritären Kontexten, und Ähnliches mussten Türken und Kurden in der Vergangenheit immer wieder hinnehmen. Weit- aus bedenklicher ist, dass die AKP bei ihren sichtbar banal gewordenen Repressionsmaßnahmen nunmehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß und die entscheidenden politischen Kämpfe um eine mögliche Ausweitung demokratischer Prinzipien vermutlich schon ausgefochten und allesamt von der AKP gewonnen wurden.